

Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte

Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris

(Institut historique allemand)

Band 27/3 (2000)

DOI: 10.11588/fr.2000.3.61887

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

deren Zerstörung. Hingegen erfolgte die stärkste Veränderung des europäischen Mächtesystems im 19. Jh., die Gründung eines deutschen Nationalstaats, gerade gegen Frankreich, das im Deutsch-Französischen Krieg weiter geschwächt wurde und zum Erbfeind des neuen Deutschen Reichs avancierte. Dieses war zunächst auf die Wahrung seiner kontinentalen Machtposition bedacht. Seit dem Rücktritt von Reichskanzler Otto von Bismarck entwickelte Deutschland dann allerdings zunehmend »Weltmacht«-Ehrgeiz, der in einer Phase des Hochimperialismus auf die divergierenden Interessen der übrigen Großmächte stieß und Deutschland letztlich in den Jahren bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs immer mehr isolierte. Anerkennenswert ist, daß die Autoren trotz ihrer überwiegend europazentrierten Perspektive auch Seitenblicke auf die außereuropäische Entwicklung werfen: Zum einen werden dabei die USA berücksichtigt, deren Entwicklung im 19. Jh. die Westexpansion und der blutige Bürgerkrieg von Nord- und Südstaaten sowie die Beseitigung von dessen Folgen prägten. Zum anderen wird auch knapp die Entwicklung in China und Japan geschildert, Länder, welche die Europäer seit den vierziger Jahren zunehmend als Absatzmärkte entdeckten, deren Öffnung sie notfalls auch gewaltsam durchsetzten.

Reiner MARCOWITZ, Dresden

Astrid VON BUSEKIST, La Belgique. *Politique des langues et construction de l'État de 1780 à nos jours*, Louvain-la-Neuve (Duculot) 1998, XXIII–450 S.

Während in den »klassischen« Bundesstaaten wie in den USA und in der Schweiz, aber auch in der Bundesrepublik Deutschland von 1949 die Gliedstaaten vor dem Gesamtstaat da waren, verlief die Entwicklung in Belgien umgekehrt. Aus dem 1830 nach französischem Vorbild gegründeten dezentralisierten Einheitsstaat entstand in mehreren Phasen von 1970 bis 1993 ein »Föderalstaat«; aus der Sprachenfrage (*question linguistique* bzw. *taalkwestie*) wurden bezeichnenderweise gemeinschaftsbezogene Streitigkeiten (*contentieux communautaire* bzw. *gemeenschappelijke twistpunt*). Die Zeit nach 1970 wird allerdings nur cursorisch abgehandelt. Prägend bleibt bis heute die lange Vorgeschichte der Sprachenfrage und Sprachenpolitik, die die Autorin bis ins 18. Jh. zurückverfolgt. Sie beschreibt weiter den Weg zur belgischen Staatsnation von 1830 mit Französisch als einziger Amtssprache. Es folgen die zunächst sektorale Zulassung des Flämischen bzw. Niederländischen, sodann die Regionalisierung des Sprachgebrauchs und schließlich als Konsequenz die Schaffung von drei Gemeinschaften und drei Regionen, die sich vom Gebrauch der Sprachen her definieren.

Erreichtes Ziel dieser Arbeit ist es, die Mechanismen sichtbar zu machen, mit denen die jeweilige politische Klasse sich den vorgegebenen nationalen Raum aneignete, dies sowohl auf der Ebene des Gesamtstaates als auch in seinen Sprachgebieten. Die Folge des hier analysierten, über ein Jahrhundert dauernden Prozesses war, daß sich zwischen der unitarischen Verfassung von 1830 und der Föderalverfassung von 1993 das Statut der Sprachen in Belgien radikal verändert hat. Der Verfassungstext von 1993 setzt an die Stelle der individuellen Freiheit des Sprachgebrauchs eine kollektive Verpflichtung. Damit trägt die neue Verfassung den sprachlichen und nationalistischen Forderungen Rechnung, die zuerst die flämische Bewegung in Opposition zum frankophonen Zentralstaat brachten und dann in eine Konfrontation zwischen den flämischen und wallonischen Sammlungsbewegungen mündeten.

In erklärter Abgrenzung zu deterministischen Sichtweisen und in Auseinandersetzung mit den Thesen von Historikern und Soziologen wird der Wandel Belgiens von der »construction de l'État« (v. Busekist) zur »déconstruction de l'État-nation« (Jean Stengers) nachvollzogen. Die Sprachenfrage drang zunehmend in die Sozialisationszentren – in Schule, Justiz, Armee, Kirche, Parteien und Verbände – ein, und zwar mit der Folge, daß diese

Organisationen zugleich Akteure und Objekte der Sprachenfrage und Sprachenpolitik wurden. Nationalistische Mobilisierung beiderseits der seit 1962/63 festgeschriebenen Sprachgrenze bewirkte, daß deren Protagonisten sprachliche und nationale Identität gleichsetzten und so die individuelle soziale, berufliche, parteipolitische und religiöse Identität überwölbten bzw. unterordneten.

Dem Leser präsentiert sich das hier anzuzeigende Buch als die gestraffte Fassung einer dreibändigen, an der Universität Paris-Dauphine entstandenen Dissertation, die Quellen aus französischen, belgischen und niederländischen Archiven auswertet und zugleich die kaum noch überschaubare Literatur zu diesem Thema einbezieht. Weil die Monographie keine Gesamtdarstellung der belgischen Innenpolitik seit 1830 sein kann und will, sind in die Darstellung benutzerfreundlich eingefügt Glossare zu den Termini »belge« und »wallon«, Chronologien zur Geschichte der belgischen Provinzen vor 1830, zur Geschichte Frankreichs und des Département du Nord vor 1814, zur Geschichte der vereinigten Niederlande und ihrer südlichen Provinzen vor 1830 sowie zur Geschichte der flämischen und wallonischen Sammlungsbewegungen bis 1914 und bis 1940. Ebenfalls nützlich sind die Übersichten über die belgischen Regierungen von 1831 bis 1914 und über die Verteilung der Sprachen im Königreich von 1830 bis 1900. Außerdem kann der Leser auf einen biographischen und einen thematischen Index zurückgreifen.

Angesichts des Umfangs der bereits vorhandenen Literatur vermag die Monographie unseren Kenntnisstand nicht mehr erheblich zu erweitern. Das Verdienst der Untersuchung liegt vielmehr in einer gelungenen Synthese, die eine Fülle von Details souverän einbindet und die Interdependenz zwischen der jeweiligen Sprachenpolitik und den konkurrierenden Nationalismen deutlich macht. Zugleich gerät immer auch der sich verändernde politische, soziale und ökonomische Kontext ins Blickfeld. Von daher gesehen ist dem Buch zu wünschen, daß die konzentrierte Darstellung und differenzierende Urteilsbildung die verdiente Aufmerksamkeit finden.

Reinhard SCHIFFERS, Bonn

Heiner TIMMERMANN (Hg.), 1848 – Revolution in Europa. Verlauf, politische Programme, Folgen und Wirkungen, Berlin (Duncker & Humblot) 1999, 558 p. (Dokumente und Schriften der Europäischen Akademie Otzenhausen, 87).

La publication des »Actes« du Colloque d'Otzenhausen (en Sarre, décembre 1997) réunis par H. Timmermann rappellent l'importance de l'année 1848 par le nombre de soulèvements et de révolutions qui ont éclaté un peu partout en Europe; jamais événement n'avait bouleversé de façon aussi surprenante autant de pays avec des conséquences d'une portée aussi durable.

Les intervenants analysent tout d'abord l'ampleur de la thématique, la révolution européenne dans ses perspectives macroscopiques comme dans l'historiographie depuis 1789 en passant par 1917 et jusqu'à la »Wende« en 1989/91: le concept de révolution s'est-il transformé entre 1848 et 1998? C'est une étude comparative sur les perspectives dans lesquelles les récents travaux ont abordé les causes et les effets de la révolution, puis sur l'ambivalence des effets de son échec sur les différents systèmes d'état.

Au Danemark, la constitution octroyée alors fut constamment modernisée dans la tradition consensuelle des pays nordiques. Depuis 1841, les révoltes partiellement organisées par Mierolavski sur les trois territoires polonais n'ont eu aucun effet unificateur. L'enthousiasme des Allemands pour la cause des Polonais après 1830 s'est transformé au cours des débats de l'Assemblée Constituante jusqu'à l'opposition d'une large majorité de députés au rétablissement du pays dans ses frontières de 1772. La pensée politique slovaque élaborée par des intellectuels de formation théologique (la noblesse parlant la langue slovaque était